



BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahl- verfahren (HERüber)

Regionalstudie Grenzregion Südlicher Oberrhein (D) /
Elsass: Haut-Rhin und Bas-Rhin (FR)

Vorhaben: FKZ 4719F00101

AUFTRAGNEHMER:IN

Unabhängiges Institut für Umweltfragen UfU e.V., Berlin

UNTERAUFTRAGNEHMER:IN

Öko-Institut e.V. Institut für angewandte Ökologie, Freiburg

Dr. Melanie Mbah, Ryan Kelly, Dr. Veronika Ustohalova, Silvia Schütte



**Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei
grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung
im Standortauswahlverfahren (HERüber)**
Regionalstudie Grenzregion Südlicher Oberrhein (D) /
Elsass: Haut-Rhin und Bas-Rhin (FR)

Dieser Band enthält einen Ergebnisbericht eines vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung in Auftrag gegebenen Untersuchungsvorhabens. Verantwortlich für den Inhalt sind allein die Autor:innen. Das BASE übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie die Beachtung privater Rechte Dritter. Der Auftraggeber behält sich alle Rechte vor. Insbesondere darf dieser Bericht nur mit seiner Zustimmung ganz oder teilweise vervielfältigt werden.

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung der Auftragnehmer:in wieder und muss nicht mit der des BASE übereinstimmen.

BASE-026/24

Bitte beziehen Sie sich beim Zitieren dieses Dokumentes immer auf folgende URN:
urn:nbn:de:0221-2024032042315

Berlin, April 2023

Impressum

**Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
(BASE)**

BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Auftragnehmer:in
Unabhängiges Institut für Umweltfragen UfU e.V., Berlin

Unterauftragnehmer:in
Öko-Institut e.V. Institut für angewandte Ökologie, Freiburg

Dr. Melanie Mbah, Ryan Kelly, Dr. Veronika Ustohalova,
Silvia Schütte

030 184321-0
www.base.bund.de

Stand: April 2023

Projekt: Herausforderungen und Erfolgsfaktoren
bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung
im Standortauswahlverfahren (HErüber)

Förderkennzeichen: 4719F00101

Arbeitspaket 5: Bedarfe vor Ort

Autor*innen: Dr. Melanie Mbah, Ryan Kelly, Dr. Veronika
Ustohalova, Silvia Schütte

Regionalstudie
Grenzregion Südlicher
Oberrhein (D) / Elsass: Haut-
Rhin und Bas-Rhin (FR)

Impressum

Öko-Institut e. V.
Merzhauser Straße 173
D-79100 Freiburg
info@oeko.de
www.oeko.de
T +49 (0)761 45295-0
F. +49 (0)761 45295-288
Twitter twitter.com/oekoinstitut

Im Unterauftrag von:
Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
T +49 (0)30 42 84 99 3-0
F +49 (0)30 42 84 99 3-59
info@ufu.de
www.ufu.de
twitter.com/UfUberlin

Autor*innen:

Dr. Melanie Mbah, Ryan Kelly, Dr. Veronika Ustohalova, Silvia Schütte

Erstelldatum 28.10.2022

Dieses Vorhaben wurde durch Mittel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert und durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) betreut (FKZ 4719F00101). Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der Meinung der Auftraggeberin übereinstimmen.
Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen	1
3. Kurzprofil der Region R8	2
3.1 Portrait der Region	3
3.1.1 Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt – Internationalität und starke regionale Identität	5
3.1.2 Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	6
3.1.3 Kontext Umweltkatastrophen und kerntechnische sowie konventionelle Anlagen	6
3.2 Ergebnisse der Medienresonanzanalyse	7
3.3 Für eine grenzüberschreitende Beteiligung relevante regionale und überregionale Akteur*innen ...	8
3.3.1 Akteur*innen Deutschland	8
3.3.2 Akteur*innen Frankreich	9
4. Erfahrungen und Prägungen in der Region R8	10
4.1 Vorprägung der Akteur*innen in Bezug auf kerntechnische und andere Anlagen	10
4.2 Vorerfahrungen der Akteur*innen mit vorangegangenen grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen	12
4.3 Regionale Projekte und institutionelle Einrichtungen für die Zusammenarbeit	12
4.3.1 Das KKW Fessenheim und der Stilllegungs- und Rückbau-Prozess	13
4.3.2 Sonstige Vorhaben mit grenzüberschreitender Beteiligung	15
5. Erwartungen und Wünsche der Akteur*innen an grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren	17
5.1 Erwartungen und Wünsche an den Prozess	17
5.1.1 Offenheit und frühzeitige Ansprache	17
5.1.2 Wer sollte informiert und beteiligt werden?	18
5.2 Erwartungen/Wünsche an Ansatz und Formate	19
5.3 Erwartungen/Wünsche an die Wirkungen	20
6. Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für die grenzüberschreitende Öffentlichkeitbeteiligung und das Standortauswahlverfahren	20
6.1 Dimension: Kontext	20
6.2 Dimension: Prozess	22
6.3 Dimension: Ansatz und Formate	22
6.4 Dimension: Wirkung	23
7. Fazit	24
8. Literaturverzeichnis	25

Abkürzungsverzeichnis

BASE	Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
CeA	Collectivité européenne d'Alsace
CEA	Commissariat à l'énergie atomique et aux énergies alternatives,
CLIS	Commission Locale d'Information et de Surveillance
DVC	Divers Centre
EDF	Électricité de France
HCTISN	Haut Comité pour l'Information
LC	Alliés Centristes
LR	Les Républicains
NGO	Non-Governmental Organisation
RN	Rassemblement National
TRAS bzw. ATPN	Trinationaler Atomschutzverband bzw. L'Association trinationale de protection de la population des alentours de Fessenheim
UDC	Wahlbündnis der Partei Les Républicains
UGE	Union à gauche avec des écologistes
UMP	Union pour un mouvement populaire

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Ausgewählte Akteursgruppen und Zuordnung der Interviewpartner*innen
Tabelle 2	Anzahl identifizierter Artikel in den französischen Medien (ohne Duplikate)
Abbildung 1	Lokalisierung der Untersuchungsregion Grenzgebiet Deutschland/Frankreich: Baden-Württemberg angrenzend an das Elsass (Südlicher Oberrhein)

1. Einleitung

Im Rahmen des Forschungsprojektes Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HERüber) werden fünf grenznahe Regionen hinsichtlich deren Vorerfahrungen und Prägungen bezüglich kerntechnischer Anlagen und (grenzüberschreitende) Beteiligung sowie Wünsche und Erwartungen an die grenzüberschreitende Beteiligung der Öffentlichkeit im deutschen Standortauswahlverfahren untersucht. Hieraus werden Herausforderungen identifiziert und Erfolgsfaktoren für die grenzüberschreitende Beteiligung abgeleitet. Diese Regionalstudie widmet sich der Grenzregion zwischen Deutschland und Frankreich, dem südlichen Oberrhein (D) / Elsass: Haut-Rhin und Bas-Rhin (FR).

2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Die Regionalstudie baut auf einer kursorischen Medienresonanzanalyse auf (vgl. Rahmenkapitel), vornehmlich zur Identifikation spezifischer Diskursstränge und von Akteur*innen oder Akteursgruppen, die im Kontext kerntechnischer Anlagen eine Rolle spielen. Die kursorische Medienresonanzanalyse wurde mittels Desk Research ergänzt. Zusätzlich wurden in Summe zwei Gespräche mit Interviewpartner*innen aus Frankreich und zwei Gespräche mit deutschen Interviewpartner*innen geführt. Hierbei wurden aus den in Tabelle 1 genannten Akteursgruppen einzelne Interviewpartner*innen – soweit möglich – rekrutiert. Ein Interview wurde persönlich vor Ort geführt, alle anderen via Microsoft Teams, davon eines mit Dolmetscher*in. Alle Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet und transkribiert. Die Transkripte wurden in Form einer MAXQDA-gestützten qualitativen Inhaltsanalyse analysiert (vgl. Mayring 2015; Rädiker und Kuckartz 2019). Hierfür wurden zunächst deduktiv Kategorien basierend auf dem Leitfaden gebildet und danach induktiv auf Basis der Interviewaussagen weitere Subkategorien gebildet.

Die Rekrutierung von Interviewpartner*innen hat sich in Bezug auf die Regionalstudie zu Frankreich als besonders herausfordernd offenbart. Trotz mehrfacher Kontaktaufnahme via E-Mail und Telefon (inkl. Dolmetscher) und der Zusicherung von Anonymität, erklärte sich zunächst keine*r der ausgewählten Interviewpartner*innen für ein Gespräch bereit. Auf die Interviewanfragen wurde sehr kritisch und skeptisch reagiert, einerseits mit Bezug auf die Erfahrungen im Kontext der französischen Endlagersuche (Bure) und andererseits in Bezug auf das Thema generell. Aus diesem Grund wurde die Rekrutierung ausgeweitet auf persönliche Kontakte zu grenzüberschreitenden Institutionen, auch auf deutscher Seite. Mit diesen erweiterten Rekrutierungsanstrengungen konnten schließlich vier Interviewpartner*innen gewonnen werden. Da hier nur vier Interviews geführt wurden und davon nur drei Akteur*innen auf französischer Seite gewonnen werden konnten, ist die Kenntnis über den französischen Kontext als geringer zu erachten als beispielsweise im Falle der Regionalstudie zu Österreich. Wobei grundsätzlich gilt, dass mit dem kleinen Sample an qualitativen Interviews jeweils nur ein Schlaglicht auf den Kontext und mögliche Herausforderungen sowie Erfolgsfaktoren gegeben werden können. Die Darstellungen in Bezug auf die ausgewählte grenznahe Region Frankreichs (Elsass) und Analyse der Interviews erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität.

Tabelle 1: Ausgewählte Akteursgruppen und Zuordnung der Interviewpartner*innen

Kategorien	Anzahl	Akteur*innen	regionale Verortung	Interview-ID
Politik	0	Vertreter*innen aus der Politik, die sich öffentlich zu Entsorgungs-/Kernenergiefragen äußern		-
Verwaltung	2	Vertreter*innen aus der Verwaltung lokaler Gebietseinheiten oder regionaler/überregionaler Einheiten	Frankreich (lokal)	ID1_Fr ID4_Fr
Bürger*innen und sonstige Interessenvertretungen	0	Zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus den Gemeinden (z.B. Bürgerinitiativen, Umweltverbände o. ä.)		-
Expert*innen	2	Einzelakteur*innen mit Expertise bezüglich Nuklearpolitik oder grenzüberschreitender Zusammenarbeit	Deutschland	ID2_Dt ID3_Dt

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

3. Kurzprofil der Region R8

Die Region R8 liegt nördlich der Schweiz am Südlichen Oberrhein in Baden-Württemberg und grenzt an die Europäische Gebietskörperschaft Elsass (Collectivité européenne d'Alsace, (CeA)) mit den zwei Verwaltungseinheiten (französisch: départements) Bas-Rhin und Haut-Rhin (siehe Abbildung 1). Die CeA ist territorial identisch mit der ehemaligen französischen Region Elsass.

Die kulturellen und wirtschaftlichen Zentren der Region 8 sind Colmar (Hauptstadt von Bas-Rhin) und Straßburg (Hauptstadt von Haut-Rhin) sowie auch die größte Stadt des Haut-Rhin, das schweizerisch geprägte Mulhouse. Elsass hat insgesamt rund 1,9 Mio. Einwohner und besteht aus 9 Verwaltungsbezirken (französisch: Arrondissements). Die Region R8 umfasst das Gebiet des Arrondissements Sélestat-Erstein¹ mit der Hauptstadt Sélestat (deutsch Schlettstadt) im Département Bas-Rhin mit einer Fläche von rund 980 km² und 160.000 Einwohnern sowie das Gebiet des Arrondissements Colmar-Ribeauvillé mit der Hauptstadt Colmar im Département Bas-Rhin mit einer Fläche von rund 1.250 km² und 210.000 Einwohnern². Politisch ist das Elsass im Unterschied zu anderen Regionen Frankreichs bürgerlich-konservativ geprägt mit einer Ausprägung zu den politischen Rechten. Im elsässischen Regionalrat (l'élection régionale) war im Jahr 2021 mit rund 37%

¹ https://www.citypopulation.de/de/france/reg/admin/grand_est/67_bas_rhin/_und_https://www.citypopulation.de/de/france/hautrhin/, zuletzt aufgerufen am 28.10.2022

² Statista-Dossier Frankreich 2022: <https://de.statista.com/statistik/studie/id/10119/dokument/frankreich-statista-dossier/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022 ; <https://www.badische-zeitung.de/das-wahlergebnis-im-elsass-offenbart-ein-neues-politisches-kraefteverhaeltnis--211561147.html>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022 ; <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/einschaetzungen-praesidentschaftswahl-frankreich-michael-wehner-100.html>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

die stärkste Partei die konservative Union de la droite et du centre (UDC, Wahlbündnis der Partei Les Républicains (LR) und ihren zentristischen Verbündeten alliés centristes (UDI und LC)), die zweitstärkste war mit 27% die Partei der extremen Rechten Rassemblement national (RN), die linksorientierte Union à gauche avec des écologistes (UGE) erreichte 20% und an der vierten Stelle lag die zentristische Parteien Divers centre (DVC)³ mit fast 8%.⁴ In der Region R8 waren die stärksten Parteien die Union au centre et à droite (UCD) und ihre verbündete Union de la Droite (DU) mit jeweils 57% und 72%.



Abbildung 1: Lokalisierung der Untersuchungsregion Grenzgebiet Deutschland/Frankreich: Baden-Württemberg angrenzend an das Elsass (Südlicher Oberrhein)

Quelle: Kartenausschnitte aus <https://www.bge.de/de/endlagersuche/zwischenbericht-teilgebiete/> und google maps, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022.

3.1 Portrait der Region

Frankreich war bis in die 1980er Jahre stark zentralistisch geprägt. Im Jahr 1982 wurden zwar administrative Befugnisse an die lokalen Vertretungen weitergegeben und weitere Prozesse der Dezentralisierung fanden in den Folgejahren und -Jahrzehnten statt, wie z.B. eine territoriale Restrukturierung. Dennoch ist die zentralistische Prägung bis heute spürbar. Zu den Dezentralisierungsprozessen gehörten auch die Reformen der Gebietskörperschaften, welche im Jahr 2015 in die Fusion von mehreren französischen Regionen⁵

³ https://frpedia.wiki/th/Divers_centre, zuletzt aufgerufen am 26.10.2022

⁴ <https://www.dna.fr/politique/2021/06/28/regionales-et-departementales-qui-est-elu-le-resume-des-resultats-du-second-tour-en-alsace-jiyc>, zuletzt aufgerufen am 26.10.2022;

⁵ Die Regionen (französisch régions, Sg. région) sind Gebietskörperschaften (collectivités territoriales) in Frankreich. <https://www.bpb.de/themen/europa/frankreich/164960/verwaltungsgliederung/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

mündeten, die die Anzahl von 22 auf 13 Regionen reduzierte⁶. So entstand die Großregion Grand Est mit der Hauptstadt Straßburg. Im Anschluss wurde die CeA im Jahr 2021 durch die Vereinigung der Départements Bas-Rhin und Haut-Rhin geschaffen und an die Grand Est angegliedert.

Der gesamte Prozess der Reformierung und Fusion von Gebietskörperschaften und Regionen wurde im Elsass wie auch anderen betroffenen Regionen Frankreichs von Protesten begleitet. Hauptgegenstand der Proteste war die Befürchtung des Verlustes der elsässischen regionalen Identität und einer zukünftig gering ausgeprägten oder erschwerten grenzüberschreitenden Orientierung im Tourismus aufgrund des Verlustes der „Marke Elsass“⁷. Vor diesem Hintergrund entstand das Projekt „Euro-Gebietskörperschaft Elsass“ (Eurocollectivité d’Alsace), welches zum Ziel hat, die Sichtbarkeit des Elsass und die spezifische Orientierung und Kompetenzen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im trinationalen Rheingebiet zu stärken⁸. Bei einer Bevölkerungsumfrage der CeA im Februar 2022 haben 92% der Elsässer dafür gestimmt, dass das Elsass aus Grand Est austritt und wieder unabhängig wird⁹. In dem Zusammenhang hat ein*e Interviewpartner*in angemerkt: „Elsass ist also innerhalb von Frankreich eine besondere Region. Das erklärt auch, warum viele Leute im Elsass nicht mit der Gründung der Région Grand-Est zufrieden waren.“ und meinten auch, dass „die Diskrepanz zwischen der Region Grand-Est und der CeA“ bestehen bleiben wird [ID4_Fr].

Die zentralistische Prägung ist in dem Verwaltungsapparat Frankreichs in verschiedenen Formen weiter vorhanden (vgl. Grillmayer 2021; Liehr 2017) und aus der Sicht eine*r/s Interviewpartner*in/s ein Hindernis für z. B. die Entscheidungsbefugnisse in den regionalen Verwaltungsstrukturen, so dass beispielsweise Gemeinden, Gemeindeverbände oder Départements nur eingeschränkt selbständig agieren [ID1_Fr]. Sie brachten ihre kritische Sichtweise in folgender Interviewsequenz zum Ausdruck: „Wir hängen hier ganz stark von den Vertreter*innen des französischen Staates ab. Auch wenn wir gern sagen würden, dass wir direkt mit ihnen oder den Kommunen zusammenarbeiten würden, hat der Staat immer noch ein Wörtchen mitzureden.“ [ID1_Fr]

Im Kontext der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden die französischen zentralistisch geprägten Verwaltungsstrukturen als ein Hindernis wahrgenommen, das sich auch in Unterschieden in Beschlüssen zu bestimmten Themen, bspw. den Verkehr betreffend, niederschlagen können.

Hinsichtlich der Erfahrungen mit Beteiligung und Einstellung gegenüber Kernenergie wurde im AP 2-Zwischenbericht festgehalten, dass Frankreich einerseits eine starke Kultur sozialer Bewegungen aufweist, wie die zahlreichen Proteste und Demonstrationen zu verschiedensten Themen zeigen, andererseits Beteiligungsformen formeller Art kaum vorhanden sind und in der Regel auf die lokale Ebene beschränkt sind. Beteiligung ist folglich wenig institutionell und weniger durch dialogische Formen geprägt (Di Nucci et al. 2017; EIPP - European Institute for Public Participation 2009; Enserink et al. 2007). Das Thema Kernenergie und Entsorgung radioaktiver Abfälle weist ein eher geringes Politisierungspotenzial auf, da Frankreich einen hohen

⁶ https://www.euroinstitut.org/fileadmin/user_upload/07_Dokumentation/Publikationen/Download/Collectivit%C3%A9-europ%C3%A9enne-Alsace.pdf, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

⁷ <https://gfbv-voices.org/elsass-raus-aus-der-gross-region-gebietsreform-in-frankreich-gefordert/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

⁸ https://www.euroinstitut.org/fileadmin/user_upload/07_Dokumentation/Publikationen/Download/Collectivit%C3%A9-europ%C3%A9enne-Alsace.pdf, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

⁹ <https://www.deutschlandfunk.de/elsass-fremdbestimmt-durch-die-grossregion-grand-est-100.html>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022;
<https://www.publicsenat.fr/article/politique/la-consultation-citoyenne-sur-la-sortie-de-l-alsace-de-la-region-grand-est-relance>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

Anteil der Kernenergie an der Gesamtstromerzeugung (ca. 70% für 2021)¹⁰ aufweist. Die langfristige Strategie der Energieversorgung im Frankreich basiert weiterhin auf dem Erhalt und Ausbau der kerntechnischen Infrastruktur. Die problematischen Aspekte der Kernenergie werden eher in der Beeinträchtigung des Kernkraftwerkbetriebes gesehen wie z. B. aufgrund der ausgefallenen Kühlung während der heißen Sommerperioden (aufgrund des Niedrigwasserstands der Flüsse) [ID1_Fr]. Auch die Anti-Atomkraft-Bewegung ist in Frankreich weniger stark ausgeprägt als das beispielsweise in Deutschland oder Österreich der Fall ist; das bedeutet jedoch nicht, dass es im Zusammenhang mit der Suche nach einem Endlager (in Frankreich, aber ggf. auch hinsichtlich des deutschen Standortauswahlverfahrens) keine Proteste gibt bzw. zukünftig geben wird. Seit den massiven Widerständen der 1980er Jahre gegenüber der französischen Standortsuche ist eine Abkehr bzw. zumindest Öffnung des konservativ-technokratischen Governance-Ansatzes zu beobachten. Dies zeigt sich besonders in der Einrichtung sogenannter CLIS (Commission Locale d'Information et de Surveillance), wodurch eine Art Gegen-Expertise institutionalisiert wurde (Lehtonen 2010). Beteiligung konnte auf dieser Basis zwar ausgebaut werden, verbleibt aber im Wesentlichen auf den Stufen Information und Konsultation (vgl. Di Nucci et al. 2017; Sperfeld et al. 2021).

3.1.1 Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt – Internationalität und starke regionale Identität

Elsass ist stark international ausgerichtet und wirtschaftlich die zweitstärkste französische Region. Zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen gehören der Wein- und Hopfenanbau sowie die Bierbrauerei und die Forstwirtschaft. In Mulhouse ist der viertgrößte Automobilhersteller der Welt (Stellantis) ansässig sowie Chemieindustrie und Biotechnologie mit dem grenzübergreifenden Netzwerk Biovalley im Dreiländereck am Oberrhein. Aber auch Industrie und Tourismus sind wichtige Sektoren. Die Verbundenheit mit der Region, auch mit der Natur- und Kulturlandschaft, ist eher hoch, wie die folgende Interviewaussage verdeutlicht: „Wir haben eine starke Verbundenheit mit unseren Landschaften und legen großen Wert auf unsere Lebensqualität und unsere Werte.“ [ID1_Fr]

Diese internationale Orientierung zeigt sich insbesondere im Verkehrssektor mit den Verkehrsanbindungen zu Deutschland und der Schweiz, der Rheinwasserstrasse sowie auch dem internationalen Flugverkehr (in Straßburg und Basel-Mulhouse). Der Grenzverkehr ist stark durch die Berufspendler geprägt, die täglich nach Deutschland oder in die Schweiz pendeln¹¹.

Neben den wirtschaftlichen und infrastrukturellen Belangen wird dem Umweltschutz eine zentrale Bedeutung zugeschrieben, wie folgende Interviewaussage verdeutlicht: „Alle umweltbezogenen Fragestellungen sind sehr wichtig für die Bevölkerung vor Ort, Das betrifft sowohl die Luft- als auch die Wasser- und die Lebensqualität im Allgemeinen, [mit besonderem Augenmerk auf] „die Auswirkungen durch die Luftverschmutzung durch LKWs auf unseren Autobahnen“ [ID1_Fr].

¹⁰ <https://cnpp.iaea.org/countryprofiles/France/France.htm>, zuletzt abgerufen am 11.01.2023.

¹¹ Siehe https://www.regbas.ch/de/assets/File/downloads/PPT_Grenzgaenger_Oberrhein_Juli2020.pdf, zuletzt aufgerufen am 21.10.2022.

3.1.2 Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

3.1.2.1 Historische Verbundenheit mit Deutschland und Vertrauen

Das Elsass ist durch die wiederholten Angliederungen zwischen den Jahren 1871 und 1945 an das Deutsche Kaiserreich bzw. Deutschland sprachlich sowie historisch mit der deutschen Kultur eng verbunden. Bis jetzt gibt es auch im elsässischem Rechtssystem Aspekte, "die noch aus der Kaiserzeit stammen wie etwa die Gründung der Vereine" [ID4_Fr]. Trotz der teilweise sehr leidvollen Geschichte überwiegt heute aus Perspektive der Interviewpartner*innen [ID1_Fr, ID4_Fr] die positive Haltung bezüglich dieser historisch bedingten und bis heute sehr engen Verbundenheit, wie auch nachfolgende Interviewsequenz verdeutlicht:

„Ich denke, dass wir im Elsass etwas in unseren Genen haben, indem wir alles miteinander vereinen. Wir nehmen das Beste aus den verschiedenen Bereichen und suchen uns das Beste raus.“ [ID1_Fr].

In Bezug auf Vertrauen gebe es folglich eine Art Vertrauensvorschuss in die Akteur*innen und Institutionen, jedoch könne dies beim Thema Abfall schnell in Misstrauen umschlagen [ID1_Fr].

3.1.2.2 Sprachen

Die durch den französischen, deutschen sowie schweizerischen Einfluss geprägte Geschichte hat dazu beigetragen, dass Elsass sprachlich sehr vielfältig ist. Neben Französisch sprechen derzeit noch mehr als 40% der Einwohnenden Elsässisch (Elsässerdeutsch)¹² (vgl. Nicklas 2020). Die weit verbreiteten deutschen Sprachkenntnisse gehen seit Ende des zweiten Weltkriegs stark zurück, „Deutsch wird heute deutlich weniger gesprochen“ [ID4_Fr]. Die CeA strebt aktuell an, die Mehrsprachigkeit im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu fördern, mehr als 80% der Schüler*innen lernten im Jahr 2018 Deutsch als Fremdsprache. Die deutsch-französische Sprachbarriere wird von den Interviewpartner*innen als ein Hindernis bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wahrgenommen: „wie erwähnt, wird die deutsche Sprache von den Franzosen nicht so gut beherrscht und die französische Sprache noch weniger von den Deutschen. Wir merken schon, dass die Frage der Sprache immer wieder ein Problem für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit darstellt.“ [ID4_Fr]

3.1.3 Kontext Umweltkatastrophen und kerntechnische sowie konventionelle Anlagen

Was die grenzüberschreitende Vernetzung der Region 8 mit Deutschland betrifft, besteht ein intensiver Austausch zwischen den einzelnen Städten und Kommunen durch den Grenzverkehr oder die gemeinsamen Projektvorhaben (vgl. Kapitel 4.2), insbesondere aber auch durch den gemeinsamen Widerstand gegen kontroverse Vorhaben, z. B. die Bewegung gegen den Bau der Kernkraftwerke in Wyhl und Fessenheim Ende der 1970er Jahre. Hier wird die grenzüberschreitende Kooperation im Widerstand als sehr positiv wahrgenommen: „Wir hatten ja selbst das Problem mit Fessenheim: Wir haben 40 Jahre dafür gekämpft, das Atomkraftwerk zu schließen, und haben das dank deutscher Unterstützung auch geschafft.“ [ID1_FR]. Gleichzeitig wurden aber die unterschiedlichen politischen Standpunkte¹³ bezüglich Kernkraftnutzung von Deutschland und Frankreich betont:

¹² <https://www.alsace.eu/actualites/defendre-langue-alsacienne-ich-mach-m%C3%ACt>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

¹³ Siehe z.B. auch: <https://alsacenature.org/tag/nucleaire-2/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

„Frankreich ist für Atomenergie, während Deutschland dagegen ist“ [ID2_Dt]

„Das Elsass war da auch nicht einer Meinung, aber die hiesigen Politiker waren mehrheitlich gegen die Schließung (von Kernkraftwerk Fessenheim), während die Deutschen mehrheitlich dafür waren“ [ID4_Fr].

Ebenso stand und steht der Betrieb und die Stilllegung der ehemaligen Untertagedeponie für chemotoxische Abfälle StocaMine im Zentrum der Kritik seitens der Bevölkerung und Bürgerinitiativen sowie lokaler Politiker*innen auf beiden Seiten¹⁴.

Die Interviews zeigten, dass neben den immer noch latenten kritischen Umweltthemen wie die Stilllegung von Fessenheim oder die Geschehnisse um die Untertagedeponie StocaMine auch die in der Region spürbaren früheren Ereignisse der 1980er Jahre in Erinnerung bleiben: die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl sowie die großflächige Rheinverseuchung im Zuge des Brandes im Industriegebiet «Schweizerhalle» des damaligen Chemiekonzerns Sandoz¹⁵ [ID1_Fr].

3.2 Ergebnisse der Medienresonanzanalyse

Tabelle 2: Anzahl identifizierter Artikel in den französischen Medien (ohne Duplikate)

Relevante Artikel insgesamt	Zum deutschen Endlager	Zu anderen Endlager-Vorhaben	Zu anderen Vorhaben mit grenzüberschreitendem Bezug	Mit explizitem Bezug zur ausgewählten Region
174 (110)	6 (4)	156 (94)	12 (12)	0

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

In den französischen Medien konnten im Rahmen der kursorischen Medienresonanzanalyse (siehe Rahmenkapitel) nur vier relevante Artikel identifiziert werden, welche sich explizit mit der deutschen Endlagersuche befassen. Hier wird zum Teil auch Bezug auf die Problematik der Rückführung von Abfällen aus La Hague genommen. 94 Artikel befassen sich vordergründig mit der Endlagersuche in Frankreich und fokussieren auf den Widerstand der betroffenen Gemeinden gegen die Standortauswahl, insbesondere in den Regionen la Meuse und Haute-Marne, welcher zum Teil auch in gewalttätigen Protesten ausgetragen wurde. Insgesamt setzen sich die gefilterten Medienberichte aus R8 – ähnlich wie bereits R7 – überwiegend kritisch mit grenzüberschreitenden Fragen (auf beiden Rheinseiten) der Entsorgung radioaktiver Abfälle auseinander. Dies spiegelt sich nicht zuletzt auch in den historischen Referenzen der Presse zu Wyhl, Fessenheim und dem weiteren Widerstand badisch-elsässischer Anti-AKW-Bewegungen (oder Anti-AKW-Aktivitäten) wider. Einige der genannten Akteur*innen sind langjährige Anti-Atomkraft-Aktivist*innen; weiterhin erscheint die für die Endlagersuche und Entsorgung radioaktiver Abfälle in Frankreich verantwortliche Nationale Agentur für das Management radioaktiver Abfälle („ANDRA“) als ein wichtiger Akteur in den Medienberichten. 12 Artikel, welche sich mit anderen Vorhaben befassen, thematisieren vordergründig die Laufzeitverlängerung des Kernkraftwerkes Bugey sowie die Inbetriebnahme der Anlage zur Aufbereitung und Lagerung von

¹⁴ Siehe hierzu: <https://france3-regions.francetvinfo.fr/grand-est/alsace/sortie-de-l-alsace-du-grand-est-quelle-est-la-position-des-candidats-a-l-election-presidentielle-2469937.html>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022 ; <https://www.nuclearwaste.info/stocamine-ein-boeses-ende-zeichnet-sich-ab/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

¹⁵ <https://www.spiegel.de/politik/kleine-fische-a-db73f054-0002-0001-0000-000013532075>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

radioaktivem Abfall am gleichen Standort. Zwei Artikel nehmen Bezug auf die Schließung des in der regionalen Presse auch auf badischer Rheinseite vielfach kritisierten Kernkraftwerks Fessenheim, welches unmittelbar an die Region R8 grenzt. In Bezug auf die Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim haben sich in der Vergangenheit badisch-elsässische Bürgerinitiativen gebildet, welche auch heutzutage in kleinerer Form fortbestehen. Auch die Laufzeitverlängerung des Kernkraftwerks Bugey sorgt für erheblichen Widerstand in der Region sowie in der Schweiz, weil das Kernkraftwerk in einer Entfernung von rund 100 km von Genf liegt. Die Artikel berichten über eine Bildung von Vereinen wie Stop Bugey oder Sortir du nucléaire und über die Beschwerde des Kantons und der Stadt Genf gegen die Entscheidung der zuständigen Behörde ASN (Autorité de sûreté nucléaire).

3.3 Für eine grenzüberschreitende Beteiligung relevante regionale und überregionale Akteur*innen

Im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind sowohl französische als auch deutsche Akteur*innen aufgrund der engen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen des Elsass mit Deutschland relevant. Dazu gehören sowohl lokale Politiker*innen, Akteur*innen der Verwaltung, Vertreter*innen von Vereinen und Gremien, Bürgerforen oder NGOs. Eine bedeutende Rolle in Bezug auf Endlagerung haben die oben genannten CLIS¹⁶ (Commission Locale d'Information et de Surveillance). Gleichzeitig wurde von Seiten einer*r/s Interviewpartner*in/s betont, dass Frankreich noch immer stark zentralistisch geprägt sei und sich dies beispielsweise auch auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auswirke, da die regionalen Akteur*innen – wie die lokale Politik und die Bürger*innen – wenig Entscheidungsraum bezüglich grenzüberschreitender Zusammenarbeit haben, das werde vornehmlich in Paris entschieden: „Paris entscheidet also, ob ein grenzüberschreitendes Thema auch von lokalem Interesse ist und ob die Gebietskörperschaften einbezogen werden müssen.“ [ID1_Fr]. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass es auf deutscher Seite Akteur*innen gebe, mit welchen kooperiert werden könne, wie diese Interviewaussage verdeutlicht: „Dafür braucht es auch die deutschen Politiker [...] man erreicht die [französische] Verwaltung nur, wenn auch auf deutscher Seite welche sitzen.“ [ID3_Fr].

3.3.1 Akteur*innen Deutschland

Als wichtige Akteur*innen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland wurden auf deutscher Seite die Regionalverbände genannt, und zwar der Regionalverband Mittlerer Oberrhein¹⁷ sowie der Regionalverband Südlicher Oberrhein¹⁸. Zudem wurde in diesem Zusammenhang auch das Regierungspräsidium Freiburg genannt und hier insbesondere Bezug zum Referat 57 genommen, das Umwelt- und Wasserbelange bearbeitet. Weiterhin sind die Städte und Kreise sowie der Landkreis mit seinen Fachämtern wichtige Akteur*innen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Letztere ist bspw. institutionalisiert in spezifischen Gremien wie der Oberrhein-Konferenz und dem Oberrhein-Rat.

¹⁶ <https://clis-bure.fr/membres/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

¹⁷ <https://www.region-karlsruhe.de/verband>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

¹⁸ <https://www.rvso.de/de/verband/wir-ueber-uns/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

„Am Oberrhein fehlt es nicht an Einrichtungen [der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit]. Wir haben regelmäßige Treffen aller Gewählten – sei es auf exekutiver Ebene in der Oberrhein-Konferenz oder auf legislativer Ebene im Oberrhein-Rat. Das sind die Gewählten aus den Landtagen, die sich treffen und sagen: Für uns ist das eine Priorität. Diese Gremien gibt es schon länger, und sie sind gute Foren zum Austausch.“ [ID4_Fr]

3.3.2 Akteur*innen Frankreich

3.3.2.1 Akteur*innen der überregionalen und lokalen Verwaltungsebene

Die Gebietskörperschaft Collectivité Européenne d’Alsace selbst hat eine „Abteilung, die sich um grenzüberschreitende Zusammenarbeit kümmert“ und „viele Kooperationen gleichzeitig betreut“. Somit ist Collectivité Européenne d’Alsace „in verschiedenen Gremien und Instanzen am Oberrhein involviert“ [ID4_Fr]. Als ein*e wichtige*r Akteur*in auf der höheren Verwaltungsebene wurde die Prefecture genannt, dieser sollten „Unterlagen am besten auch in deutscher Sprache vorliegen.“ [ID3_Fr]. Auf der lokalen Verwaltungsebene sind dies die Bürgermeister*innen und die Gemeinderäte. Aufgrund der sehr hohen Anzahl an Gemeinden ist es üblich, dass sich diese zu einem Gemeindeverband zusammenschließen, welcher nach außen deren Interessen vertritt (vgl. Aden 2018; Defrance/Pfeil 2021). Daher sind als ein*e wichtige*r Akteur*in die Gemeindeverbände der Region mit deren Vertretungen zu sehen. Die Interviewpartner*innen sahen vor allem in den Bürgermeister*innen die Rolle und Funktionen vereint „die den Bürger*innen am nächsten ist“ und meinten: „Noch bevor man auf die staatliche Ebene geht, sollte man auf die Ebene der Kommune schauen, dass man Kontakt zum Bürgermeister aufnimmt, um da sicherzustellen, dass dort das Verfahren oder das Interesse am potenziellen Standort bekannt ist. Und danach wird diese Information auf den verschiedenen anderen Ebenen – politisch, regional, bei den Behörden – zirkulieren.“ [ID1_Fr].

3.3.2.2 Weitere Akteur*innen und Akteursgruppen

Die Bürgerforen und Bürgergremien sind aus der Perspektive der Interviewpartner*innen wichtige Elemente der Bürgerbeteiligung, welche sich sehr aktiv einbringen. Dies mit dem kritischen Hinweis, dass „es immer dieselben Personen sind, die sich zu Wort melden und betonen, dass ein breiteres Publikum angesprochen werden sollte. [Daher] wurden Bürgerforen eingeführt, wo die Leute dann eher zufällig über das Telefonbuch ausgewählt wurden.“ [ID4_Fr].

Ein wichtiges grenzüberschreitendes Bürgergremium der übergreifenden Ebene, der CeA, ist der Conseil de Développement, „der aus Bürgern aus dem ganzen Elsass sowie aus Nachbarländern besteht. [Ein bedeutendes Bürgerforum ist auch die] nationale Kommission zur öffentlichen Debatte, Commission Nationale de Debatte Publique [...] die auch die Anhörungen oder Verfahren vor Ort mit den Gemeinden usw. organisiert.“ [ID4_Fr].

Weiterhin sei das Conseil Économique, Social et Régional, bzw. der Wirtschafts- und Sozialbeirat ein wichtiges Bürgergremium auf regionaler Ebene, welches verschiedene Akteur*innen bündelt. „Darin sind Leute aus Gewerkschaften, Unternehmerkreisen, NGOs usw. vertreten. Die können sich auch mit einem Endlager befassen“. [ID4_Fr].

Im Kontext der Regionalplanung wurde die Bedeutung von Stadtentwicklungsagenturen zur Sprache gebracht und als Beispiel die Stadtentwicklungsagentur von Straßburg als Pendant der Regionalverbände auf deutscher Seite – des mittleren und südlichen Oberrhein – genannt [ID3_Dt].

Als Akteur*innen, welche sich in Prozessen verschiedener grenzüberschreitender Vorhaben häufig engagieren, haben die Interviewpartner*innen Umweltschutzverbände hervorgehoben, wie bspw. im Zusammenhang mit der Stilllegung der Untertagedeponie StocaMine der Alsace Nature¹⁹ und die France Nature Environment²⁰ sowie der NABU: „Sie sind immer sehr präsent in diesen Prozessen. Auch im Elsass haben sie viele Mitglieder und haben so auch Möglichkeiten, sich zu äußern.“ [ID4_Fr]²¹

Das Comité Local d’Information et de suivi (CLIS) wird als wichtige*r Akteur*in generell im Hinblick auf die Endlagerung und Entsorgung radioaktiver Abfälle gesehen [ID2_Dt]. Neben den verschiedenen Gremien, welche als breite Plattformen Bürger*innen und Verbände sowie andere Akteursgruppen integrieren, wurde auch das Haut Comité pour l’Information, HCTISN²² genannt. Im HCTISN sind „alle zuständigen Organisationen, also Betreiber, EDF und andere [sowie die] Regierung [und] das Parlament in Paris vertreten. In diesem Gremium sind jedoch die Verbände in der Minderheit.“ [ID2_Dt]

4. Erfahrungen und Prägungen in der Region R8

In den nachfolgenden Kapiteln werden vornehmlich auf Basis der Interviewaussagen die regionalen Erfahrungen und Prägungen diskutiert. Aufgrund des sehr kleinen Samples (vier Interviews, davon nur zwei mit französischen Interviewpartner*innen aus der Region R8), erhebt dieses Kapitel keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr sollen einige im Kontext kerntechnischer Anlagen genannten Aspekte beleuchtet werden, welche möglicherweise für die Region sehr relevant und prägend sind.

4.1 Vorprägung der Akteur*innen in Bezug auf kerntechnische und andere Anlagen

Die Einstellung der Akteur*innen im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen ist in der Region durch die Auseinandersetzung mit der Stilllegung des Kernkraftwerkes Fessenheim sowie auch mit den Erfahrungen der französischen Endlagersuche zum Teil negativ geprägt. In der französischen Standortsuche für ein Endlager sei die Öffentlichkeit nicht beteiligt worden, die verantwortlichen Akteur*innen haben „einen Standort gesucht [...] der dünn besiedelt ist. Denn dann ist es viel einfacher, sowas durchzusetzen.“ [ID2_Dt]. Dies sei jedoch nicht als grundsätzlich oppositionelle Position gegenüber Endlager zu werten, denn es werde verstanden, „dass die radioaktiven Abfälle, die wir erzeugen, irgendwo endgelagert werden müssen.“ [ID1_Fr].

Bezüglich des Standortauswahlverfahrens gebe es derzeit in der Region Elsass nur wenig Kenntnisse. Es erscheine auch unverständlich, dass eine schon durch Mehrfachbelastungen geprägte Region überhaupt in die Auswahl kommen könne, wie diese Interviewsequenz verdeutlicht:

¹⁹ <https://alsacenature.org/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

²⁰ France Nature Environment, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

²¹ Ähnlich dazu auch ID2_Dt.

²² <http://www.hctisn.fr/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

„Ich kenne die Gegend hier sehr gut, den Rhein, den Oberrheingraben und die geologischen Bedingungen hier. Ich weiß, mit welcher Verschmutzung wir durch die hier vorhandenen Minen zu kämpfen haben. Daher war es für mich undenkbar, dass unsere deutschen Nachbarn überhaupt in dieser Region nach einem möglichen Endlager suchen würden. Was die Mitbürger*innen angeht, denke ich, wenn der erste Eindruck eines Witzes oder der Unmöglichkeit des Gedankens einmal verflogen ist, [...] dass das schnell in Wut umschlagen könnte.“ [ID1_Fr]

Trotz der hohen Zustimmung zur Kernenergie in der französischen Bevölkerung generell (vgl. Eurobarometer 2008, 2010; Meyer 2018), war das Elsass auch das Zentrum des Widerstandes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Fessenheim. Seine Abschaltung und Stilllegung waren in der Region eines der zentralen Themen der letzten Jahrzehnte [ID1_Fr]. Fessenheim hat die grenzüberschreitende deutsch-französische Zusammenarbeit sehr stark geprägt. Bereits in den frühen 1970er Jahren kam es zu ersten Demonstrationen gegen den Bau, welche mit dem Widerstand gegen das geplante Kernkraftwerk Wyhl auf der deutschen Seite des Oberrheins einhergingen. Im Jahr 2005 wurde der Trinationale Atomschutzverband (TRAS²³, im Französischen: L'Association trinationale de protection de la population des alentours de Fessenheim (ATPN)) gegründet, welcher eine Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim auf dem Rechtsweg erreichen wollte. Später schlossen sich dem Trinationalen Atomschutzverband auch offizielle Vertreter*innen deutscher und französischer Städte und Kommunen, z. B. Freiburg, Breisach und Straßburg, sowie schweizerische grenznahe Kantone an. Nach mehreren Jahren der Verhandlungen zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz wurden die Reaktoren des Kernkraftwerks Fessenheim im Jahr 2020 abgeschaltet. Die Stadt Colmar strebe zusammen mit den Städten Breisach und Freiburg an, „gemeinsam Lösungen zu finden, was man aus diesem Standort heute machen kann.“ [ID1_Fr] Die Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim bleibt auch weiterhin im Zentrum der kritischen Aufmerksamkeit der Region auf deutscher und französischer Seite, indem der Kernkraftwerksbetreiber EDF im Jahr 2018 die Absicht geäußert hat, ein „Techno Centre“ am Standort der Kernkraftwerke Fessenheim oder Tricastine zu errichten²⁴. Die Anlage soll der Verarbeitung der Abfälle aus dem Abriss von Kernkraftwerken dienen²⁵.

Ein weiteres großes Umweltthema in der Region ist die Untertagedeponie StocaMine für Sondermüll in einem ehemaligen Salzstock nördlich von Mulhouse, welche in den 1970er Jahren errichtet wurde. Die Tatsache, dass dort illegale und brennbare Asbest-Abfälle sowie organische Sonderabfälle eingelagert wurden, geduldet von den zuständigen Behörden²⁶, verursachte einen erheblichen Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in die zuständigen Organisationen. Dieses Misstrauen sei laut einer*r Interviewpartner*in bis heute in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit spürbar [ID2_Dt].

²³https://atomschutzverband.ch/wordpress/wp-content/uploads/tras_statuten_20200630.pdf, zuletzt aufgerufen am 11.01.2023

²⁴ Siehe Medienberichte, wie bspw. <https://www.badische-zeitung.de/protestfest-in-breisach-gegen-geplantes-technocentre-in-fessenheim--193830671.html>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022 und https://www.huffingtonpost.fr/actualites/article/a-fessenheim-un-technocentre-dedie-aux-dechets-metalliques-va-voir-le-jour_160204.html, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

²⁵ Siehe <https://rdl.de/beitrag/fessenheim-vom-akw-zum-techno-centre>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

²⁶ <https://www.nuclearwaste.info/stocamine-ein-boeses-ende-zeichnet-sich-ab/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

4.2 Vorerfahrungen der Akteur*innen mit vorangegangenen grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen

Durch die Grenznähe zu Deutschland und zur Schweiz und die historischen Erfahrungen und Verflechtungen, gibt es verschiedene kooperationsfördernde Programme und Initiativen²⁷, welche das Ziel haben, Vorhaben mit grenzüberschreitenden Wirkungen partizipativ auszugestalten. Es sei sogar „für den Umweltbereich eine Willenserklärung [formuliert worden, wie das grenzüberschreitende Beteiligungsverfahren aussehen solle, welches] zwischen den deutschen, französischen und schweizerischen Partnern abgestimmt [worden sei]. Der Anspruch war, dass sich die Planungsträger selbst beteiligen“. Dies habe jedoch zu einer Überforderung geführt: „sie hat in der Form [...] nicht funktioniert“. [ID3_Fr]. Daher sei die „wirklich institutionalisierte Zusammenarbeit [...] nicht immer ganz produktiv“. Jedoch zeigt die oben genannte Willenserklärung eine klare Absicht, die Grenzregion gemeinsam zu gestalten.

In Bezug auf die grenzüberschreitende Beteiligung sei zu bedenken, dass „alles, was bilateral im direkten Austausch mit Planungsträgern oder so funktioniert, ist dann viel auf einzelne Bekanntschaften angewiesen“ [ID3_Fr].

4.3 Regionale Projekte und institutionelle Einrichtungen für die Zusammenarbeit

In der Region R8 gibt es, wie schon erwähnt, zahlreiche Institutionen und Einrichtungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, ebenso wie informelle grenzüberschreitende Formen der Zusammenarbeit, wie z. B. zwischen Bürgerinitiativen oder NGOs. Hierzu gehört der Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsanbindung wie die Bahnlinie Freiburg-Colmar, die den grenzüberschreitenden Personenverkehr erleichtert und damit zur Bewältigung der großen Pendlerströme beiträgt. Ein anderes Beispiel ist die Kooperation zwischen den Energiekonzernen Badenova (Deutschland) und EDF (Frankreich) zur Installation von Photovoltaikanlagen auf freien Dachflächen im Elsass [ID1_Fr]. Weiterhin zu nennen ist für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit das Förderprogramm Interreg, - die Europäische territoriale Zusammenarbeit. Es ist Teil der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union (EU) und umfasst vier Aktionsbereiche (A-D), für die Förderprogramme initiiert werden. Der Aktionsbereich A widmet sich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Grenzregionen, denen allein 49 der insgesamt 73 Förderprogramme zugeordnet sind. Hierbei geht es insbesondere um die Förderung einer „integrierten und harmonischen Regionalentwicklung“²⁸. Interreg Oberrhein (Aktionsbereich A) zielt darauf ab, die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Disparitäten zwischen den verschiedenen Gebieten zu verringern. Das Interreg-Programm wurde von den Interviewpartner*innen als Beispiel der grenzüberschreitenden Erfahrung genannt, durch welche verschiedene Kontakte wie z. B. zum Forstamt in Freiburg entstanden sind, „und aus diesem Kontakt ist der Austausch zwischen dem Umwelthaus in Colmar und dem Waldhaus in Freiburg entstanden.“ [ID1_Fr]. In Summe seien die tatsächlich umgesetzten Projekte aber sehr begrenzt und nicht zu vergleichen mit der Anzahl an grenzüberschreitenden Projekten in bspw. Straßburg oder Saar Louis. Zudem sind auf der zwischenstaatlichen Ebene sowohl die Franco-Germano-Swiss

²⁷ Zum Beispiel die Oberrhein-Konferenz.

²⁸ Siehe https://www.interreg.de/INTERREG2021/DE/Foerderung/WasIstInterreg/was-ist-interreg_node.html;jsessionid=D2393023F398423EC494481FC3000032.live11293, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022 und <https://www.interreg-bayaut.net/programm>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

Intergovernmental Commission²⁹ als auch die France-Germany-Luxembourg Intergovernmental Commission³⁰ zu nennen. Die Franco-Germano-Swiss Intergovernmental Commission soll helfen, die Nachbarschaftsprobleme in der Oberrheinregion zu bewerten und zu lösen. Sie arbeitet dabei mit der Oberrhein-Konferenz zusammen. Die France-Germany-Luxembourg Intergovernmental Commission befasst sich mit Aspekten der Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsregionen in verschiedenen Bereichen wie Wirtschaft, Umwelt, Raumordnung oder Verkehr. Sie ist Teil des deutsch-französischen Dialogs zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Nachfolgend wird auf einige Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die im Kontext des deutschen Standortauswahlverfahrens als besonders relevant eingestuft wird, da sehr nah am Thema, näher eingegangen.

4.3.1 Das KKW Fessenheim und der Stilllegungs- und Rückbau-Prozess

Die Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und die Frage danach, wie diese Fläche zukünftig genutzt werden soll und die Region weiterentwickelt werden kann, wird sehr kontrovers zwischen deutschen und französischen Akteur*innen diskutiert. Während in Frankreich insbesondere in räumlicher Nähe zu Fessenheim das Interesse groß gewesen sei, Fessenheim weiter zu betreiben, aufgrund der hohen Anzahl an Arbeitsplätzen, die das KKW bietet, und der Gewerbesteuererinnahmen für die Kommune, wurde das KKW auf deutscher Seite abgelehnt und für dessen Stilllegung und Rückbau gekämpft.

„Die Schließung dieses Kernkraftwerks war tatsächlich ein Anliegen der nationalen Politik, wo die lokalen Politiker dagegen waren, ebenso die lokale Bevölkerung. [...] Je näher am Kernkraftwerk, desto größer war die Erwartung, dass es weiterbetrieben wird. In Straßburg hat man schon gemerkt, dass es weit weg ist. Dort überwog die Meinung, dass man Fessenheim schließen sollte. Aber auch wenn die lokale Bevölkerung dem Risiko näher war, war man dort der Ansicht: Fessenheim garantiert unsere energetische Unabhängigkeit. Außerdem ist das AKW ein wichtiger Arbeitgeber für viele Menschen und zahlt viele Steuern. Das Elsass war da auch nicht einer Meinung, aber die hiesigen Politiker waren mehrheitlich gegen die Schließung, während die Deutschen mehrheitlich dafür waren.“ [ID4_Fr]

„Die ungewöhnliche Konstellation, die sich aus Fessenheim ergeben hat, ist, dass „die Entscheidung, das Ding abzuschalten, zwar irgendwann im Sinne der deutschen Position gekommen sind, und jetzt sogar die Brennstäbe entnommen werden. Das ist sogar schneller als gedacht und im Sinne der deutschen Positionierung, die auch wir immer wieder vorgetragen haben. Dadurch hat sich die Zusammenarbeit mit den Gemeinden erschwert, die dagegen waren und es nach wie vor sind. Mit dem Bürgermeister von Fessenheim und dem [Akteur], der für den dortigen Kommunalverband zuständig ist, über diese Themen zu sprechen ist sehr schwierig geworden.“ [ID3_Fr]

Die Idee einer gemeinsamen Regionalentwicklung auf beiden Seiten des Rheins rund um Fessenheim, sei vor diesem Hintergrund und den sehr unterschiedlichen Bewertungen der Pläne um ein Techno Centre sehr herausfordernd. Die französische Seite könne sich die Entwicklung eines wie von der EDF geplanten Techno Centre zum Recycling von kontaminiertem Stahl gut vorstellen, während die deutsche Seite sich die Entwicklung einer Innovationsregion wünsche, die in Richtung Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energien gehe, wie folgende Interviewaussagen verdeutlichen:

²⁹ <http://www.espaces-transfrontaliers.org/en/resources/territories/territory-factsheets/territories/territory/show/commission-intergouvernementale-franco-germano-suisse/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

³⁰ <http://www.espaces-transfrontaliers.org/en/resources/territories/territory-factsheets/territories/territory/show/commission-intergouvernementale-franco-germano-luxembourgeoise/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

"Wenn das AKW abgeschaltet wird, gibt es einen Gewerbepark, den wir zusammen entwickeln. [...] Diese Entwicklungsgesellschaft, die mal mit deutschen und französischen Partnern gegründet wurde, wird im Herbst mangels Geschäftsfeld wahrscheinlich aufgelöst, weil die französische Seite die Flächen mit eigener Zielsetzung vermarktet. Für die deutsche Seite war immer klar, dass damit [gemeint ist die Stilllegung und der Rückbau von Fessenheim] das Ende des Nuklearzeitalters in Fessenheim verbunden sein würde. [... das] Techno Centre [...] das ist eine Entscheidung der EDF." [ID3_Fr]

„Ja, wir schließen Fessenheim, das wird eine Gelegenheit für die zwei Länder, um gemeinsam wirtschaftliche Ideen zu entwickeln. Aber das läuft nicht gut. Das ist schwierig, sehr schwierig. Die Thematik der Atomtechnologie spielt immer noch eine Rolle, obwohl das AKW geschlossen ist. Aber die Region möchte gern so einen Techno Centre entwickeln. [...] Techno Centre, das ist ein enorm großes technisches Gerät, und da wird kontaminierter mit nicht-kontaminiertem Stahl zusammengebracht, so dass das Ergebnis benutzt werden kann. [...] Auf diese Art und Weise versucht Frankreich, sich seines Atommülls zu entledigen. Das wird in Schweden schon gemacht, auch in England. Dort wird Atommüll mit anderem Stahl gemischt, und das Produkt kommt zurück in die Länder. Wir wollen das aber nicht. [...] Und natürlich sind wir auf deutscher und Schweizer Seite dagegen.“ [ID2_Dt]

„Wenn die Nachfolge des AKWs eine andere wird – ob das eine Nuklearfabrik ist –, ich will das nicht verteufeln. Das ist nicht vergleichbar mit La Hague. Aber es ist halt nicht das, was man sich auf deutscher Seite vorgestellt hat.“ [ID3_Fr]

Die Stilllegung und der Rückbau des Kernkraftwerkes haben zu sehr unterschiedlichen Reaktionen in der Region geführt und wird auch in der Diskussion um die Weiterentwicklung der Region weitergeführt. Vereinzelt gibt es auch auf französischer Seite Kritik und Protest an den aktuellen Plänen zum Ausbau eines Techno Centre und es sei derzeit noch offen, wie sich die grenzüberschreitenden Institutionen dazu verhalten werden.

„Ich glaube, die kleine Gemeinde direkt dahinter ist [...] die haben auch massiv dagegen protestiert, auch gegen die Größenordnung, zu der es jetzt kommen soll, was nur noch 55 Hektar sind, anstatt ursprünglich 200 Hektar. Da gibt es eine lange Gewerbezone längs des Rheins, die dieses Dorf komplett vom Rhein trennt. Ich weiß nicht, wie man so eine Planung noch verfolgen kann. [...] Das ist so weit von einer Innovationsregion Fessenheim entfernt, da bleiben natürlich Konflikte. Das führt jetzt vermutlich Schritt für Schritt zum Ausstieg einer grenzüberschreitenden Entwicklung. Und wie die Oberrhein-Konferenz oder die Metropolregionen sich dazu positionieren, weiß ich nicht. Aber das läuft ja auch den Zielsetzungen dieser TMO-Strategie komplett entgegen.“ [ID3_Fr]

Die Akteur*innen befinden sich jedoch offenbar schon in einer Eskalationsspirale des Konfliktes, denn sie scheinen nicht nur unterschiedliche Ziele zu verfolgen, sondern auch weniger Bereitschaft für einen fortgesetzten Dialog zu zeigen, wie folgende Interviewaussage verdeutlicht:

„Die Franzosen wollen nur dieses Techno Centre, und wir wollen uns nicht kleinkriegen lassen. Wenn die französische Seite nicht bereit ist, darüber zu sprechen, und das sogar in Frage stellt, um andere Sachen zu entwickeln, bleiben wir nicht drin. Wir sind ausgestiegen.“ [ID2_Dt]

4.3.2 Sonstige Vorhaben mit grenzüberschreitender Beteiligung

Oben schon genannt wurde die Oberrhein-Konferenz als eine wichtige Institution in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Für Vorhaben mit grenzüberschreitenden umweltrelevanten Wirkungen wurde ein Leitfaden erstellt, um dem „Anspruch der grenzüberschreitenden Beteiligung gerecht“ zu werden [ID3_Dt] (DSFO - Deutsch-Französisch-Schweizerische Oberrheinkonferenz 2016). Auf Basis dieses Leitfadens könne eine angemessene grenzüberschreitende Beteiligung ausgestaltet werden, dennoch gebe es sowohl positive als auch negative Beispiele für die grenzüberschreitende Beteiligung bei relevanten Vorhaben, wobei sich hier immer die Frage stelle, ab wann ein Vorhaben umweltrelevant sei. Denn auch ein geplanter Gewerbehauptpark auf französischer Seite könne Verkehrsströme auf deutscher Seite auslösen und damit indirekte Umweltwirkungen erzeugen. Dies sei ebenfalls zu berücksichtigen [ID3_Dt].

„Die Oberrhein-Konferenz ist in 12 Arbeitsgruppen unterteilt. Es ist eine Tugend, dass alle Leute, die auf technischer und auf Beamtenebene von einem Thema betroffen sind, sich dort treffen und ein Thema gründlich diskutieren können. Wenn es eine Krise gibt haben wir damit schon ein Gremium, das unmittelbar angefragt werden kann. [...] Wenn also eine Gemeinde ihren Entwicklungsplan modifizieren will und das Auswirkungen hat, weil eine Fabrik direkt an der Grenze entstehen soll, dann werden [im Leitfaden] Beteiligungsverfahren vorgeschlagen oder sind sogar obligatorisch. Und die werden dann von der Oberrhein-Konferenz in allen betroffenen Gemeinden bekannt gemacht, damit dort nicht vergessen wird, die Nachbargemeinden anzufragen.“ [ID4_Fr]

Die Interviewpartner*innen berichteten folglich von verschiedenen Vorhaben, in denen grenzüberschreitend beteiligt wurde. Ein Leuchtturmprojekt scheint in diesem Zusammenhang die Stadt- und Regionalentwicklung von Straßburg zu sein. Deren erfolgreiche Umsetzung scheint stark durch die Institution und die zuständigen Personen geprägt sowie deren gute Kenntnisse der gesetzlichen Regelwerke und Planungssysteme beider Länder sowie der Sprachen zu sein, wie nachfolgende Interviewsequenz verdeutlicht:

„Ich habe das Gefühl, dass bei den Plänen, die in Straßburg gemacht wurden – sowohl in der Stadt als auch in der größeren Region [...], des Regionalplans für Straßburg –, dass dort eine sehr große Offenheit und ein sehr großes Bemühen um eine gute Abstimmung mit der deutschen Seite verfolgt wird. Das liegt vielleicht auch daran, dass dort ein beauftragter Planungsträger ist – die ADUs, die Stadtentwicklungsagentur aus Straßburg –, die selber auch über deutschsprachiges Personal verfügt und sehr viel den Raum Straßburg-Kehl im Blick hat. [...] das ist eine gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit, die sich nicht nur auf formale Schritte eines Beteiligungsverfahrens konzentriert. Aber das hat viel damit zu tun, dass da Personal ist, auch deutschsprachiges. Zum Teil Deutsche, die dort arbeiten, die auch ein deutsches Planungssystem verstehen.“ [ID3_Dt]

Es gebe aber auch Gegenbeispiele, in denen die Öffentlichkeit bzw. die Träger öffentlicher Belange nicht oder erst spät informiert worden seien, wie bspw. im Zusammenhang mit den Plänen für die Industrie- und Gewerbezone EcoRhena:

„Da haben wir im Frühjahr 2021 letztlich nur über die französischen Zeitungen erfahren, dass dort Planungen vorangeschritten sind und ein Beteiligungsverfahren auf französischer Seite durchgeführt wird. Darin wurden wir gar nicht explizit eingebunden, was auch den Unmut der Regierungspräsidentin und der Landrätin nach sich gezogen hat. Zusammen mit der Stadt Breisach haben wir dennoch Stellung genommen. Darauf haben wir aber nie eine Antwort bekommen. [...] Die Unterlagen sind dann kurz vor Weihnachten 2021 gekommen. Da wurde dann ein formales grenzüberschreitendes Beteiligungsverfahren für diese Industrie- und

Gewerbezone [EcoRhena] durchgeführt. [...] Wenn die Fläche aber für Agrar-Massengüter-Terminals verplant wird, passt das einfach nicht zusammen. In diesem Zusammenhang haben wir darauf hingewiesen, aber auch da bislang keine Antwort bekommen. [ID3_Dt]

Wichtig im Zusammenhang mit sonstigen grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen in der Region R8 ist zudem die CEA³¹ und deren Auftrag zur Entwicklung eines Leitfadens zur grenzüberschreitenden Beteiligung, der aktuell noch nicht verabschiedet wurde, sondern sich noch in der Abstimmung mit allen Partner*innen am Oberrhein befindet und bis Ende des Jahres per Gesetz abgeschlossen werden sollte [ID4_Fr].

„Die CEA verfügt über Kompetenzen eines ehemaligen Départements, also den Unterhalt von Nationalstraßen oder auch von Sekundarschulen, also Collèges. Es gibt Besonderheiten für die Collectivité. Eine ist das Schema für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, eine andere ist, dass die Collectivité im Bereich der Zweisprachigkeit über bestimmte Kompetenzen verfügt [...]“ [ID4_Fr]

Herausfordernd sei aber im Zusammenhang mit den Vereinbarungen über diese grenzüberschreitenden Institutionen wie die Oberrhein-Konferenz, dass die Prozessstruktur bezüglich Beteiligung nicht bindend sei und insbesondere die ausführende Ebene, also bspw. die Kommunen oder die mit der Regionalplanung betrauten Träger öffentlicher Belange, nicht eingebunden worden seien und diese Vorgaben entweder nicht kennen oder nur bedingt ein Interesse hätten, sich an diese Vorgaben zu halten.

„Es gibt natürlich verschiedene Planungsebenen: Bauleit-, Bebauungs-, Flächennutzungs-, Regional-, Landesentwicklungspläne. Das kann man genauso auf französischer Seite wiederfinden. Und trotzdem sind die Institutionen, die dahinterstehen, ganz anders strukturiert. [In der] Willenserklärung [...] hat am Ende das Land Baden-Württemberg, vertreten durchs Regierungspräsidium, der französische Staat und die Région sowie von Schweizer Seite die Kantone [...] ihren Willen bekundet. Die Ebene darunter [...] ist nicht Mitglied in dieser Arbeitsgruppe [...]. Die haben vielleicht noch nicht mal davon erfahren, dass es dieses Dokument gibt. Und sie sind auch nicht von ihrer vorgesetzten oder Aufsichtsbehörde je dazu verpflichtet worden, doch bitte nach dieser Willenserklärung vorzugehen. Denn es war immer klar: Das ist kommunal, und diese kommunalen Zusammenschlüsse [...] lassen sich auch nicht so per Weisung oder wie auch immer da einbinden.“ [ID3_Dt]

Zudem seien die Strukturen französischer Regionalplanung³² viel weniger auf Langfristigkeit ausgelegt, denn hier gebe es für jeden Plan immer wieder neue Zusammenschlüsse von Akteur*innen, ohne eine Dauergeschäftsstelle: man sei mit wechselnden Zuständigkeiten konfrontiert. „Da etabliert sich gar keine persönliche Zusammenarbeit.“ [ID3_Dt]

Problematisiert wurde auch die noch immer starke zentralstaatliche Prägung, die insbesondere auf der Ebene der internationalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stark Einfluss nehme:

„In Frankreich sind die Kompetenzen klar festgelegt: Alles, was internationale Beziehungen betrifft, hängt von der Zentralregierung ab, also von Paris. Alle Beziehungen zwischen zwei Ländern werden in Paris definiert. Paris entscheidet also, ob ein grenzüberschreitendes Thema auch von lokalem Interesse ist und ob die Gebietskörperschaften einbezogen werden müssen. [...] in der Oberrhein-Konferenz und im Rat [wurde

³¹ Die französische Behörde für alternative Energien und Atomenergie (siehe: <https://www.cea.fr/english/Pages/Welcome.aspx>; zuletzt aufgerufen am 24.10.2022).

³² Vertiefend zur institutionellen Ausgestaltung der französischen Regionalplanung und deren Herausforderungen siehe z. B. Geppert 2018 und Guigou/Peyrony 2004.

erklärt], welche Strukturen genutzt werden können, aber die Regeln und der Rahmen dafür werden auf staatlicher Ebene festgelegt.“ [ID1_Fr]

5. Erwartungen und Wünsche der Akteur*innen an grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren

Neben den Erfahrungen sind insbesondere die Erwartungen an das deutsche Standortauswahlverfahren und die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung in diesem Zusammenhang interessant. Auch dieses Kapitel stützt sich vornehmlich auf die Aussagen der vier Interviewpartner*innen und erhebt daher weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch Repräsentativität. Vielmehr geht es darum, einige zentrale Aspekte herauszustellen, die ggf. für das deutsche Standortauswahlverfahren relevant sein könnten.

5.1 Erwartungen und Wünsche an den Prozess

Grundsätzlich besteht die Erwartung, dass die Entscheidung für einen Standort auf wissenschaftlichen Kriterien und Eignung beruht. Als Gegenbeispiel dafür wird Bure angeführt, das ausgewählt worden sei, weil es eine arme Gegend sei und die Kommune finanzielle Kompensationen akzeptiert habe [ID1_Fr]. Hinsichtlich Beteiligung gibt es in der Region eine Vielzahl an Institutionen und Akteur*innen (siehe Kapitel 3), die sich in grenzüberschreitenden Vorhaben beteiligen. Hier besteht der Wunsch, dass die in grenzüberschreitender Zusammenarbeit entwickelten Leitfäden und Rahmensetzungen für alle Vorhaben berücksichtigt bzw. angewendet werden, auch wenn diese keine rechtlich bindenden Vorgaben sind. Wichtig sei im Zusammenhang grenzüberschreitender Vorhaben zudem, dass es feste Ansprechpartner*innen gebe, an die man sich wenden könne, um beispielsweise Informationen zu bekommen (sollten grundsätzlich auch in der jeweiligen Landessprache verfügbar sein). Dies sei auch Aufgabe der Akteur*innen auf französischer Seite, entsprechende Anlaufstellen zu schaffen und kompetentes Personal bereitzustellen, das beide Sprachen (Deutsch und Französisch) beherrscht [ID3_Dt].

5.1.1 Offenheit und frühzeitige Ansprache

Offenheit und frühzeitige Ansprache sind wichtige Aspekte, die von den Interviewpartner*innen genannt wurden. Es sei wichtig, Bürger*innen auf französischer Seite frühzeitig zu informieren, zu beteiligen und ihnen damit die Möglichkeit zu geben, ihre Wünsche und Erwartungen einzubringen [ID1_Fr, ID2_Dt].

„Egal, ob es um die Beziehungen zwischen Bürger*innen oder auf politischer Ebene geht, muss man immer offen sein. Wenn man die Absicht hat, irgendein Projekt umzusetzen, muss man darüber miteinander sprechen. Nur wenn man miteinander spricht, kann man Lösungen finden.“ [ID1_Fr]

„Dass also beide Seiten einbezogen werden. Und dass es eine offene Diskussion gibt und die Ergebnisse daraus von den Behörden auch berücksichtigt werden.“ [ID2_Dt]

In nachfolgender Interviewsequenz wird nicht nur die Erwartung einer frühzeitigen Information und Beteiligung geäußert, sondern es kommt gleichzeitig ein Misstrauen zum Ausdruck, dass etwas verheimlicht werden könnte:

„Was gar nicht passieren darf, ist, dass das Projekt angestoßen wird, ohne die Menschen zu informieren, und dass wir vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Als ich die Anfrage für dieses Interview bekommen und ich darüber nachgedacht habe, habe ich überlegt, ob das vielleicht ein Ablenkungsmanöver sein könnte. Wenn man vorgibt, dass man in der Region ein potenzielles Endlager hat, könnte man damit davon ablenken wollen, dass man an einem anderen, besser geeigneten Endlagerstandort schon mal ungestört arbeiten kann.“ [ID1_Fr]

Unter frühzeitigem Einbezug verstehen die Interviewpartner*innen auch, dass schon in der aktuellen Phase der Diskurs zum deutschen Standortauswahlverfahren geführt und mehr Information gestreut werden müsste:

„Wir müssen anfangen, darüber zu diskutieren. Das heißt, Gremien müssen in den Ländern aktiv werden, und das muss publik gemacht werden, damit die Leute darüber informiert sind.“ [ID2_Dt]

5.1.2 Wer sollte informiert und beteiligt werden?

Zunächst sollte über zwischenstaatliche Austauschformen der Diskurs begonnen werden, beispielweise über Institutionen wie die Oberrhein-Konferenz oder auf kommunaler Ebene mit den Trägern öffentlicher Belange:

„Man sollte vermeiden, direkt auf der Ebene der Bevölkerung Ansprache zu suchen, sondern sollte versuchen, sich auf staatlicher Ebene oder der Gebietskörperschaften, jener der Kommunen und auf europäischer Ebene einzuhaken. Es gibt z. B. eine Vereinigung der Europäischen Regionen oder auch die Oberrhein-Konferenz oder der Rat auf Ebene des Rheins. Da kann man auf jeden Fall einfach schon mal mit der Ansprache beginnen. [...] Es wäre denkbar, sich direkt an die Eurodistrikte zu wenden. Das sind ja bi- oder trinationale Strukturen, die da eingebunden werden und die Verbindung zu den Bürger*innen herstellen könnten.“ [ID1_Fr]

In Bezug auf die grenzüberschreitende Beteiligung und die existierenden Leitfäden dazu sei sicherzustellen, dass alle beteiligten Kommunen an die Vorgabe zur Beteiligung der Öffentlichkeit erinnert würden, wie folgende Interviewaussage verdeutlicht:

„Ein Beispiel ist das Integrierte Rheinprogramm des Landes Baden-Württemberg. Das ist ein Programm, das Auswirkungen auf den gesamten Fluss hat. [...] Die Frage ist, wie man immer sicherstellen kann, dass alle Gemeinden, die so eine Pflicht haben, diese auch wahrnehmen. Manchmal geht das etwas in Vergessenheit, und dann muss die Oberrhein-Konferenz daran erinnern, dass dieses Verfahren vorgeschrieben ist. [...] Dass es dieses Prozedere gibt und diese Verfahren, die man befolgen soll oder auch muss. Wir merken, auch die Bevölkerung auf der anderen Grenzseite automatisch zu befragen, das wird dann gern vergessen.“ [ID4_Fr]

Gleichzeitig sei in diesem Zusammenhang aber zu bedenken, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Frankreich generell eine staatliche Aufgabe sei und die Region hier nicht allein entscheiden könne, wer sich wie beteiligen möchte, wie folgende Interviewaussage zeigt:

„Wir hängen hier ganz stark von den Vertreter*innen des französischen Staates ab. Auch wenn wir gern sagen würden, dass wir direkt mit [...] den [deutschen] Kommunen zusammenarbeiten würden, hat der Staat immer noch ein Wörtchen mitzureden. [...] Der Staat ist einfach sehr mächtig, und in unserer Region haben wir den Präfekten sitzen, der über alle Entscheidungen der Kommunen mitbestimmen kann. Deswegen hängen wir hier immer etwas davon ab, wie der Vertreter der französischen Regierung entscheidet.“ [ID1_Fr]

Aufgrund der zunehmenden Proteste bei größeren Vorhaben, z. B. im Rahmen von Verkehrsprojekten, wie der „Grand Comtour de Nord-Ouest“, eine Umfahrungsautobahn von Straßburg, seien Großvorhaben ohne eine wesentliche Beteiligung der Bürger*innen nicht mehr zeitgemäß, so eine Einschätzung eines*s/r Interviewpartner*in/s:

„Das ist eine große Straße, über die 20 Jahre lang diskutiert wurde und die vor etwa einem Jahr eingeweiht wurde. Das hat zu großen Unruhen in der ganzen Metropole Straßburg geführt, es gab viele Proteste. Viele Leute sind auch vor Gericht gegangen, um dieses Projekt zu verhindern. Aber das hat nicht funktioniert, und die Straße wurde schließlich gebaut. Aber das war ein großes Anliegen, bei dem man gemerkt hat, dass die Zeit dieser Riesenprojekte irgendwie vorbei ist. Man kann so ein Projekt vielleicht nicht mehr so gestalten wie es damals gemacht wurde. Die Bürger wollen heute stärker involviert werden, sie wollen gehört werden und nehmen nicht einfach an, was Beamte oder Gewählte für sie entscheiden.“ [ID4_Fr]

Wichtig sei zudem die jüngere Generation, die andere Ansprüche an Familie und Arbeit setze und stärker für den Klimaschutz sensibilisiert sei.

„Die jungen Leute möchten heute etwas anders arbeiten und einen stärkeren Bezug zur Natur haben. Ich glaube, dass uns die jungen Leute den Weg für die Zukunft aufweisen.“ [ID1_Fr]

Wichtig in dem Zusammenhang ist auch der Hinweis zu den unterschiedlichen Strukturen und Gepflogenheiten in Bezug auf Beteiligung und Entscheidungsprozesse. So sei aus französischer Perspektive immer wichtig, politische Entscheidungsträger*innen bzw. Vertreter*innen als Ansprechpartner*innen zu haben, wie mit dieser Interviewaussage deutlich wird:

„Was man in Bezug auf Frankreich vielleicht schon sagen kann: Die Trennung zwischen ‚Techniciens‘ und ‚Élus‘, zwischen Gewählten und Verwaltung, die wird sehr hochgehalten. Man erreicht die ‚Élus‘ nur, wenn auch auf deutscher Seite welche sitzen. [...] Die kriegt man erst, wenn klar ist, dass es sich um eine politische Veranstaltung handelt. Dafür braucht es auch die deutschen Politiker. Und das wird nicht einfach sein, weil in der Regel an der Stelle [...] Bürgermeister*innen oder Regierungspräsident*innen und Landrät*innen auftreten, die aber alle eigentlich sich in dem Moment als Spitze einer Verwaltung verstehen. Und auch ein ‚BASE‘ oder eine ‚BDI‘ haben, glaube ich, aus französischer Perspektive gar keinen ‚Élus‘ an der Spitze. Also selbst wenn die Hausspitze ansteigt, ist das für den französischen ‚Élus‘ vielleicht gar nicht das Pendant, das er gerne sehen würde.“ [ID3_Dt]

5.2 Erwartungen/Wünsche an Ansatz und Formate

Hinsichtlich der Ausgestaltung spezifischer Beteiligungsansätze und -formen besteht der Wunsch, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch stärker gelebt wird und regionale grenzüberschreitende Formen gefunden würden, insbesondere vor dem Hintergrund der Generationen- und Zukunftsgerechtigkeit [ID2_Dt]. Eine konkrete Form der Beteiligung bzw. Konsultation könnten Online-Befragungen sein [ID4_Fr].

Vor allem brauche es niederschwellige Informationsangebote, es solle aber nicht der Anspruch angelegt werden, dass ein genereller Lernprozess in der Bevölkerung zu spezifischen Fachthemen stattfindet, wie beispielsweise Geologie [ID3_Dt]. Andererseits dürfe aber nicht außer Acht gelassen werden, dass es für die Meinungsbildung eines gewissen Vorwissens bedürfe, weshalb über Weiterbildungs-/Schulungsformate nachgedacht werden solle, wie in folgender Interviewsequenz deutlich wird:

„In Frankreich hatten wir diese [Beteiligung] pour le climat, wofür [...] Bürger zufällig ausgewählt wurden, die sich dank Vorträgen intensiv mit den Themen auseinandergesetzt haben. Die sind mit größeren Kenntnissen zum Thema da rausgekommen. Sie waren dann besser in der Lage, eine fundierte Meinung zu äußern, die auch einen Beitrag leistet.“ [ID4_Fr]

Neben Informationen und der Integration in Regionalkonferenzen oder anderen grenzüberschreitenden Formen der Beteiligung solle es auch Erörterungstermine vor Ort – also explizit für die Nachbarländer – geben. Hier brauche es unterschiedliche Formate, je nachdem welche Gruppe eingebunden werden solle – die politischen Vertreter*innen, die Verwaltung und technischen Organisationseinheiten oder die Öffentlichkeit – das sei nicht in einem einzigen Format zu vereinen [ID3_Dt]. Außerdem müssten Ergebnisse aus Beteiligungsprozessen grundsätzlich schriftlich festgehalten werden, damit diese als Empfehlungen in die Entscheidungsprozesse einfließen könnten [ID2_Dt]. Wichtig seien in dem Zusammenhang Präsenzveranstaltungen, da eine gewisse Müdigkeit gegenüber Online-Formaten bestehe [ID4_Fr]. In jedem Fall sei wichtig, dass auch beteiligt werde und es nicht bei Information bleibe, wie in folgender Interviewaussage betont wird:

„Nur zu sagen: Wir haben über die Grenze hinweg informiert, denn das ist ja öffentlich und alle können kommen, oder selbstverständlich nehmen wir auch Anregungen mit dem Absender aus Frankreich auf, das reicht überhaupt nicht.“ [ID3_Dt]

5.3 Erwartungen/Wünsche an die Wirkungen

In Bezug auf Wirkungen wurde nur das Thema der Langzeitsicherheit angesprochen, das gewährleistet sein müsse. „Die Endlagerung muss für eine Ewigkeit stattfinden. Und während dieser Ewigkeit muss das dicht bleiben.“ [ID2_Dt]

6. Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für die grenzüberschreitende Öffentlichkeitbeteiligung und das Standortauswahlverfahren

Ziel dieses Kapitels ist, die in den vorherigen Kapiteln gesammelten Informationen und Erfahrungen sowie Wünsche und Anforderungen in Bezug auf die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung im deutschen Standortauswahlverfahren zusammenfassend darzustellen und Schlussfolgerungen für das Standortauswahlverfahren zu ziehen.

6.1 Dimension: Kontext

Für die Region R8 und den französischen Kontext ist herausfordernd, dass sich die Verwaltungsstrukturen zwischen Deutschland und Frankreich sehr deutlich unterscheiden, insbesondere hinsichtlich des Verfahrensanforderungen. In Deutschland gibt es hierfür feste Strukturen, in Frankreich werden jeweils nach Vorhaben sogenannte Planungskommissionen eingesetzt, die nicht dauerhaft bestehen. Dies erschwert eine kontinuierliche Zusammenarbeit und somit einer Vertrauensbasis. Hinsichtlich der Verwaltungsstrukturen ist zudem festzuhalten, dass auf französischer Seite die Verwaltungseinheit nach dem Zusammenschluss zur

Region Grand-Est sehr groß ist. Zusätzlich wurde für das Elsass eine europäische Gebietskörperschaft als administrative Ebene geschaffen, wodurch es jedoch zu Konflikten zwischen den Verwaltungseinheiten kommen würde, so eine Interviewaussage:

„Heute heißt die Region, in der sich das Elsass befindet, Grand-Est und reicht von den Ufern des Rheins bis zu den Toren von Paris. Diese Region ist größer als Belgien. Es ist aber auch so, dass wir Bürger*innen uns mit der alten Region Elsass stark verbunden fühlen. Deswegen wurde eine neue administrative Ebene geschaffen: die europäische Gebietskörperschaft Elsass. Diese beiden Regionseinheiten stehen im Konflikt zueinander: innerhalb der Großregion Grand-Est [...] und der neuen europäischen Gebietskörperschaft Elsass.“ [ID1_Fr]

Kulturell und sprachlich gibt es zwar aufgrund der Historie und der vielfältigen grenzüberschreitenden Aktivitäten enge Verbindungen, andererseits gibt es hier aber auch deutliche Unterschiede, wie im politischen System und den Verwaltungsstrukturen auch. Die Sprachbarriere ist besonders für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine Hürde. Zudem existiert in Frankreich generell nicht so eine atomkraftkritische Einstellung wie in Deutschland. Es seien zudem kulturelle Unterschiede in der Diskurs- und Diskussionskultur wahrzunehmen, so ein*e Interviewpartner*in:

„In Frankreich ist es so, dass wir nicht diese Konsens- und Kompromisskultur haben wie in Deutschland. [...] Es gibt wirklich ganz unterschiedliche Ansätze zwischen Deutschland und Frankreich. [...] In Frankreich vertraut man grundsätzlich eher dem Staat, und wenn irgendwas nicht gut gemacht wird, schimpft man. In Deutschland überlegt man eher, wie man zusammen etwas auf die Beine stellen und es später managen kann.“ [ID1_Fr]

Gleichzeitig muss hier aber die Nuklearhistorie um Fessenheim berücksichtigt werden, in der ein enger Austausch zwischen Deutschland und Frankreich stattfand und noch immer stattfindet, welcher für die Region sehr prägend ist. Auch die Mehrfachbelastung der Region ist zu beachten, durch beispielsweise das ehemalige KKW Fessenheim, die Pläne des Ausbaus zu einem Techno Centre, das geplante Gewerbe- und Industriezentrum EcoRhena sowie die Untertagedeponie StocaMine. Hier gibt es einen intensiven Austausch zwischen deutschen und französischen Akteur*innen der zwar nicht immer konfliktfrei abläuft, gleichzeitig aber auf zahlreiche grenzüberschreitende Institutionen und Strukturen, die im Laufe der Jahre entstanden sind, zurückgreifen kann. Dies könnte für eine potenzielle Standortregion für ein deutsches Endlager in Grenznähe zu Frankreich eine herausfordernde Situation darstellen, sowohl durch die möglicherweise große Ablehnungshaltung in der Region als auch aufgrund der existierenden Mobilisierungspotenziale. Diese kritische Perspektive wird in den folgenden Interviewsequenzen deutlich:

„Ich denke, das würde als sehr seltsam bewertet, weil so lange die Schließung vom AKW Fessenheim gefordert wurde. Aber auch, weil lange überlegt wurde, was jetzt auf dem Gelände des AKW passieren soll. [...] Im Grunde genommen wäre es sehr merkwürdig, wenn jetzt von deutscher Seite ein solches Projekt hier implementiert würde. Wir haben außerdem ein anderes Thema, was die Lagerung toxischer Stoffe angeht: [...] Da sagen uns die Deutschen immer wieder, das sei eine Gefahr für das Wasser am Oberrhein insgesamt, und diese Stoffe müssen aus dem Boden raus. Da würden wir auch nicht verstehen, warum auf der anderen Seite Nuklearabfälle hier gelagert werden könnten, das wäre nicht sehr konsequent.“ [ID4_Fr]

„Wir hatten ja selbst das Problem mit Fessenheim: Wir haben 40 Jahre dafür gekämpft, das Atomkraftwerk zu schließen, und haben das dank deutscher Unterstützung auch geschafft. Und jetzt sehen wir die nukleare Gefahr von der anderen Seite des Rheins wieder auf uns zukommen. [...] es gab viele Begegnungen von

deutschen und französischen Umweltaktivisten, und man hat das Gefühl, dass sich die Geschichte wiederholt. [...] Wenn wir uns jetzt vorstellen, dass Deutschland oder die deutschen Behörden den Franzosen sagen: Wir denken jetzt zusammen darüber nach, hier ein Endlager für hochradioaktive Abfälle zu finden, dann würden die Franzosen automatisch ablehnen, um von vornherein diese Überlegung zu blockieren.“ [ID1_Fr]

6.2 Dimension: Prozess

Herausfordernd für den Prozess sind die unter Kontext genannten unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen und -kulturen, die für Beteiligungsprozesse relevant sind. Zumal in Frankreich formelle Beteiligungsprozesse eine geringe Bedeutung haben (siehe Kapitel 3). Vor diesem Hintergrund erscheint es wichtig, möglichst frühzeitig auf zwischenstaatlicher Ebene zu informieren und in den Dialog zu treten. Gleichfalls sollte darauf geachtet werden, dass falls in Phase II des deutschen Standortauswahlverfahrens eine Standortregion in Grenznähe zu Frankreich näher untersucht werden sollte, der Nachbarstaat Frankreich und hier dann auch die konkret betroffene Region in die formellen Formen der Beteiligung in Deutschland (z. B. Regionalkonferenzen) eingebunden werden und ggf. weitere angepasste Formate (z. B. für die unterschiedlichen Zielgruppen) entwickelt und angeboten werden. Wichtig hierbei ist insbesondere auch die Einbindung der jüngeren Generation. In den Formen der Information und Beteiligung sollte darauf Wert gelegt werden, von Anfang an gut zu erklären und zu begründen, warum eine spezifische Standortregion detaillierter untersucht wird.

„Und wenn es dazu kommt, muss man große Aufmerksamkeit auf Erklärungen legen: warum, wozu, in welchem Umfang?“ [ID4_Fr]

Als Erfolgsfaktor kann hier der Erfahrungsschatz hinsichtlich grenzüberschreitender Zusammenarbeit genannt werden, wodurch persönliche Beziehungen in der Region gestärkt wurden und werden, auf welchen aufgesetzt werden kann. Zudem ist es wichtig, personelle Ressourcen mit den erforderlichen Kompetenzen (z. B. hinsichtlich Sprach- und Verfahrenskennnissen) bereitzustellen.

6.3 Dimension: Ansatz und Formate

Als Herausforderung hier ist einerseits die Sprachbarriere zu nennen und andererseits die Frage zu stellen, welche Kommunikationsformen jeweils angemessen sind. In jedem Fall scheint es wichtig, auf politischer und zwischenstaatlicher Ebene zu informieren, aber auch die Region als solches sollte früh informiert werden. Hierbei ist es wichtig, die Informationen grundsätzlich auch in der Landessprache (Französisch) anzubieten und auf Verständlichkeit zu achten, d. h. komplexe Sachverhalte möglichst gut zu erklären ohne wesentlichen Informationsverlust, wie auch folgende Interviewaussage nochmals verdeutlicht:

„Wie kann man die Information weiterleiten und kommunizieren, ohne dass es zu einfach oder zu kompliziert wird? Das ist die Herausforderung. Man sollte wirklich darauf achten, dass man weder zu einfach informiert, weil man sich dann nicht als Bürger wahrgenommen fühlt. Und auf der anderen Seite darf es nicht zu kompliziert sein, weil man dann sonst einen Dokortitel in diesem Bereich haben müsste, um das zu verstehen. [...] Das Level an Information muss also abgewogen werden.“ [ID4_Fr]

Erfolgsfaktoren können hier neben zielgruppenspezifischen Angeboten und Formen der Kommunikation und Beteiligung auch der respektvolle und kultursensible Umgang sein. Hier ist besonders wichtig, einen

angemessenen Umgang mit Minderheitenmeinungen zu finden, beispielsweise in Form einer Dokumentation dieser.

6.4 Dimension: Wirkung

Hinsichtlich der Dimension Wirkung ist festzuhalten, dass die Region aufgrund ihrer Mehrfachbelastungen und zahlreichen Erfahrungen mit verschiedensten Infrastrukturprojekten (auch mit grenzüberschreitender Wirkung) die Planung und Umsetzung eines Projektes in Vergleich setzt zu anderen bisherigen Vorhaben. Hier gibt es sowohl positive als auch negative Beispiele auf beiden Seiten des Rheins (siehe Kapitel 3 und 4), woran sich auch ein Endlagerprojekt messen lassen müsste. Eine gute Vorbereitung und Organisation hinsichtlich Kommunikation und Beteiligung ist bedeutend. Im Falle, wenn eine Standortregion in Grenznähe zu Frankreich in die engere Wahl kommen sollte, gilt diese Sensibilität auch bezüglich der technischen Umsetzung. Hier besteht die Erwartung, dass diese angepasst an die spezifischen geologisch-naturwissenschaftlichen Gegebenheiten in der Region erfolgt. In Bezug auf die existierenden Sensibilitäten in diesem Zusammenhang, kann an dieser Stelle auf Erfahrungen im Bereich Tiefengeothermie hingewiesen werden. Hier gab es auf beiden Seiten des Rheins negative Erfahrungen bezüglich der Umsetzung in der Berücksichtigung der geologischen Gegebenheiten³³ (vgl. z. B. LGRB 2010; Lubitz et al. 2014; Mbah und Krohn 2021).

„Ich nenne noch ein Beispiel, das wir noch gar nicht angesprochen haben und das für beide Seiten des Rheins gilt: In Staufen und auch hier im Elsass gab es in der Vergangenheit Projekte mit Erdwärmegewinnung. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass das Projekt nicht gut geplant war und man nicht vorsichtig genug vorgegangen ist, weshalb es sich als Katastrophe herausstellte: Staufen ist eines der schönsten Dörfer in der Gegend, und die Häuser, die teilweise noch aus dem Mittelalter stammen, haben nun zahlreiche Risse. Die Bürger*innen sehen nun die Folgen dieses Infrastrukturprojekts in ihrem Alltag.“ [ID1_Fr]

Als Erfolgsfaktor kann hier festgehalten werden, dass die Haltung der beteiligten Akteur*innen (z. B. der BGE als Vorhabenträger, des BASE als Aufsichtsbehörde und Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren, StandAG §§3,4) gegenüber Beteiligung allgemein und hinsichtlich Akteure*innen des Nachbarstaates eine wichtige Rolle spielt. Zudem ist für die zu beteiligenden Akteursgruppen und Akteur*innen zentral, inwiefern Konsultations- und Beteiligungsprozesse bzw. deren Ergebnisse in Entscheidungsprozesse einfließen.

³³ Hier kann beispielsweise das Geothermieprojekt in Vendenheim angeführt werden, das 2020 aufgrund hoher induzierter Seismizität eingestellt wurde und auch in 2021 noch ein Erdbeben auslöste (siehe <https://www.geothermie.de/aktuelles/nachrichten/news-anzeigen/news-arbeiten-bei-egs-projekt-vendenheim-frankreich-eingestellt.html>; <https://www.bi-gegen-tiefengeothermie-so.de/informationen/tiefengeothermie-chronik/2021/>; <https://erdbebennews.de/2021/06/strassburg-erdbeben-kontrollverlust/>; <https://bnn.de/nachrichten/elsass/erdbeben-im-raum-strassburg-laut-bericht-gab-es-zahlreiche-versaemnisse-bei-fonroche-geothermie-reichstett-vendenheim>, zuletzt aufgerufen am 27.10.2022)

7. Fazit

Die Regionalstudie zum Elsass basiert auf der Medienresonanzanalyse, eines zusätzlichen Desk Researchs und auf vier Interviews, davon zwei mit französischen Akteur*innen aus der Region Elsass. Daher sind die Erkenntnisse als unvollständig zu begreifen und bedürfen einer Vertiefung, dennoch kann diese Regionalstudie erste Einblicke in potenziell herausfordernde Kontextbedingungen und Erfolgsfaktoren geben.

Die Regionalstudie zeigt deutlich die engen grenzüberschreitenden Verbindungen zwischen dem französischen Teil des Elsass und dem deutschen Teil in Baden-Württemberg. Diese sind historisch gewachsen und offenbaren sich heute nicht nur an hohen Ein- und Auspendlerbewegungen, sondern auch in der Vielzahl an grenzüberschreitenden Institutionen, Akteursgruppen und Initiativen. Diese haben sich die die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der nachbarstaatlichen Verständigung in verschiedenen Themenfeldern zur Aufgabe gemacht. Gleichzeitig ist zu betonen, dass die politische Einstellung als auch die Einstellung gegenüber spezifischen Themen, wie beispielsweise zu kerntechnischen Anlagen oder erneuerbaren Energien, durchaus voneinander abweichen. Hier spielen einzelne Bündnisse zwischen Akteur*innen auf beiden Seiten eine wichtige Rolle, wie die zur Stilllegung von Fessenheim oder zur Untertagedeponie StocaMine. Deren Aktivitäten werden insbesondere im Elsass nicht unbedingt von einer Mehrheit mitgetragen, können jedoch teilweise große Wirkung erzielen, wie im Falle von Fessenheim, und damit durchaus zu einer regional gespaltenen Resonanz in der Öffentlichkeit führen.

In diesem Zusammenhang ist die zentralistische Prägung von Frankreich weiterhin wirksam, die von regionaler Seite als „vorbestimmend“ empfunden werden kann. Diese Prägung ist auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kontext des deutschen Standortauswahlverfahrens relevant, sofern eine Standortregion in Grenznähe zu Frankreich ausgewählt werden sollte. Hier gilt es sowohl auf der zwischenstaatlichen Ebene Beziehungen aufzunehmen und Ansprechpartner*innen zu gewinnen als auch auf der regionalen. Herausfordernd für eine längerfristige und vertrauensvolle Zusammenarbeit sind die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen und Verfahrensanforderungen auf staatlicher Ebene. Ein entscheidender Erfolgsfaktor können hier die grenzüberschreitenden Institutionen und deren Leitfäden zur Beteiligung sein sowie die Bereitstellung aller relevanter Unterlagen in beiden Sprachen (französisch und deutsch) als auch von Personal, das beider Sprachen mächtig ist und bestenfalls beide Verwaltungsstrukturen und Planungssysteme gut kennt.

8. Literaturverzeichnis

- Aden, M. (2018): Die Gemeinde und ihr Haushalt in Frankreich. *der gemeindehaushalt* (12), 276–279.
- Defrance, C.; Pfeil, U. (Hg.): Länderbericht Frankreich. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Di Nucci, R. M.; Brunnengräber, A.; Isidoro Losada, A. M. (2017): From the “Right to Know” to the “Right to Object” and “Decide”. A Comparative Perspective on Participation in Siting Procedures for High Level Radioactive Waste Repositories. *Progress in Nuclear Energy* (100), 316–325.
- DSFO - Deutsch-Französisch-Schweizerische Oberrheinkonferenz (2016): Leitfaden zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei umweltrelevanten Vorhaben sowie Plänen und Programmen. Kehl am Rhein, 2016. Online verfügbar unter https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Umweltpruefungen/leitfaden_oberrheinkonferenz_bf.PDF, zuletzt aufgerufen am 28.10.2022.
- EIPP - European Institute for Public Participation (2009): Public Participation in Europe. An international perspective. Berlin: EIPP. Online verfügbar unter http://www.qualitapa.gov.it/nc/risorse/pubblicazioni/?eID=dam_frontend_push&docID=1873, zuletzt aufgerufen am 12.09.2021.
- Enserink, B.; Patel, M.; Kranz, N.; Maestu, J. (2007): Cultural factors as co-determinants of participation in river basin management. *Ecology and Society* 12 (2), 24 Seiten.
- Europäische Kommission (2008): Special Eurobarometer 297: Attitudes towards radioactive waste. Brüssel: TNS Opinion & Social. Online aufrufbar unter: https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_297_en.pdf, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022.
- Europäische Kommission (2010): Special Eurobarometer 324: Europeans and Nuclear Safety. Brüssel: TNS Opinion & Social. Online aufrufbar unter: <https://www.ujd.gov.sk/wp-content/uploads/2021/08/Europania-a-jadrova-bezpecnost-2010.pdf>; zuletzt aufgerufen am 16.01.2023.
- Geppert, A. (2018): Stadt- und Raumentwicklung Frankreich. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover: ARL, S. 2263-2271.
- Grillmayer, D. (2021): Die dezentrale Republik. Territorialreform zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Defrance, C.; Pfeil, U. (Hg.): Länderbericht Frankreich. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung; S. 203-216.
- Guigou, J.-L.; Peyrony, J. (2004): Den Raum Frankreichs für 2020 planen. *Informationen zur Raumentwicklung* (1), 1-19.
- Lehtonen, M. (2010): Deliberative Decision-Making on Radioactive Waste Management in Finland, France and the UK: Influence of Mixed Forms of Deliberation in the Macro Discursive Context. *Journal of Integrative Environmental Sciences* 7 (3), 175–196. DOI: 10.1080/1943815X.2010.506487.
- LGRB - Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau im Regierungspräsidium Freiburg (Hg.) (2010): Geologische Untersuchungen von Baugrundhebungen im Bereich des Erdwärmesondenfeldes beim Rathaus in der historischen Altstadt von Staufen i. Br., Sachstandsbericht, 01.03.2010. Freiburg: LGRB.
- Liehr, G. (2017): Frankreich – ein Länderprofil. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Lubitz, C.; Motagh, M.; Kaufmann, H. (2014): Ground Surface Response to Geothermal Drilling and the Following Counteractions in Staufen im Breisgau (Germany) Investigated by TerraSAR-X Time Series Analysis and Geophysical Modeling. *Remote Sensing* (6), 10571–10592.
- Mayring, P. (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz.
- Mbah, M.; Krohn, J. (2021): Die Bedeutung von Kommunikation und Beteiligung in der Planung und Umsetzung von Geothermievorhaben – eine Fallstudie zu Staufen (D) und St. Gallen (Ch). Öko-Institut e.V. Freiburg, Darmstadt, 2021. Online verfügbar unter <https://www.oeko.de/publikationen/p-details/die-bedeutung-von-kommunikation-und-beteiligung-in-der-planung-und-umsetzung-von-geothermievorhaben-eine-fallstudie-zu-staufen-d-und-st-gallen-ch>, zuletzt aufgerufen am 28.10.2022.
- Meyer, M. (2018): Einstellungen zur Kernenergie im internationalen Vergleich: Politisierungsniveaus, gegenstandsspezifische Salienz und nukleare Zwischenfälle. Bamberg: University of Bamberg Press.
- Nicklas, T. (2020): Die deutsche Sprache in Frankreich, mit besonderer Berücksichtigung des Elsass – ein historisches Thema und seine aktuellen Ableitungen. In: Krevs Birk, U.; Birk, M. (Hg): *Linguistica – Deutsche Sprachminderheiten im östlichen Europa – Sprache, Geschichte, Kultur*. Bd. 60 (2), S.349-359, Ljubljana University Press.
- Rädiker, S.; Kuckartz, U. (2019): Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA: Text, Audio und Video. Wiesbaden.
- Sperfeld, F.; Franke, J.; Habigt, L.; Pauleweit, K.; Zschiesche, M.; Schütte, S.; Dieroff, J.; Mbah, M. (2021): Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HERüber), Zwischenbericht zum Arbeitspaket 2: Herausforderungen und Rahmenbedingungen. Berlin: Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (unveröffentlichter Zwischenbericht).

